

# Wäiter-Beitung

A

**Wählt Delegierte zur internationalen Betriebsdelegierten-Konferenz am 29. Januar**

erschient täglich  
Wöchentl. 42 Bl. +  
Wochenlohn = 2,20 M.  
monatlich 2,15 M.  
schneepallene Wäiter-  
sammlungsangelegen 6 M.  
meterzelle ober deren Na.  
Hauptredaktion um 8 Uhr.  
angabepreis:  
1,25 M. + 84 Pf.  
durch die Post bezogen  
anzeigenpreis: Die  
raum 12 Pf. Vereins- u. Wer-  
preis: Die dreifache Wäiter-  
zeit 70 Pf. — Annahmestrich in der  
Hauptredaktion am Tage vorher bis 18 Uhr.

**für Schlesien**  
**Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schostländer** (März 1920 ermordet)

**Hauptredaktion:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fern-  
sprecher 439 02. Postfachkonto: Breslau  
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Unter-  
haus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis  
Freitag von 17—18 Uhr. — **Verlagsort:** Breslau. — Ver-  
lag: Schlesiſche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer  
Straße 50. Fernsprecher 439 02.

## 130 000 Antifaschisten marschieren

### Zehntausende Werktätige bilden Spalier — Ganze Gruppen von uniformierten Reichsbannerproleten demonstrieren gegen die sozialdemokratischen Spalter und Saboteure der kämpfenden Einheitsfront!

Gestern ist in grandiosen Marschkolonnen das rote Berlin aufmarschiert. 130 000 waren es. Zehntausende bildeten Spalier. Sie marschierten durch die Hauptstadt des Reiches, im Zentralpunkt der faschistischen Diktatur der Schleicher und Bracht. Die Sturmabteilungen der proletarischen Kampfeinheit entfalteten ihr leuchtendes rotes Banner. Am Sonntag paradierten am Wilow-Platz die Soldtruppen der kapitalistischen Ausbeuter, der Thyssen und Papen. Es war ein Heerlager schwerbewaffneter Polizei, die die Hitler und Goebbels vor dem Zorn des arbeitenden Volkes schützen mußten. Gestern aber marschierte das arbeitende Volk selbst. Was schert diese Kämpfer für den Kommunismus der grimmige Frost. Es zogen in endlosen Zügen die grauen Kolonnen der Stempelbrüder, notdürftig gekleidet, weil Schleichers Winterhilfe sie hungern und frieren läßt, weil Schleichers Politik eine provozierende Hilfe, ein glänzendes Geschäft für die Kapitalisten und Osthilfeunter ist. Da demonstrierten die Berliner Betriebe, die uniformierte W.G.-Arbeiter, die Papen stützten und die Betriebsräte wählten zur Kampforganisation gegen die kapitalistischen Lohnräuber machen, da demonstrierten die antifaschistischen Proletariermütter und Arbeiterinnen, Seite an Seite mit ihren Genossen; da zog in Kampfbegleitung zu Tausenden und Abertausenden Karl-Liebknecht-Jugend vorbei, da manifestierte sich die Einheit der proletarischen Klasse gegen die „Vorwärts“- und ADGB-Propaganda; da marschierten in den Kampftruppen des roten Berlins ganze Gruppen uniformierter Reichsbannerproleten gegen die Spalter und Saboteure der SPD. 130 000 Antifaschisten jubelten dem Zentralkomitee und dem Genossen Thälmann zu. Nahezu vier Stunden dauerte der Vormarsch. Die Marschtruppen waren umfäumt von jubelnden Massen. Das war der gewaltigste Massenaufmarsch gegen die Schleicher-Braucht-Diktatur, das war das rote Berlin. Grandios war die Sympathie und die Solidarität der Bevölkerung. Kleine Geschäftsleute überbrachten den Demonstranten warmen Kaffee, Suppe und Semmeln. Es war ein Unterschied zwischen diesem, die werktätige Klasse umfassenden antifaschistischen Aufmarsch und dem isolierten, von dem Haß der Bevölkerung verfolgten, unter dem Schutz von Schupo, Karabinern und Panzerwagen bahnmarschierenden SA-Banden am Sonntag.

Berlin marschierten, ehe der Sozialdemokrat Severing als Vorkämpfer des Herrn Braucht dieser antifaschistischen Massenorganisation die Legallität raubte und damit den wichtigsten Dienst für die heutigen Provolationen der faschistischen Terrorkolonnen leistete?  
In kaltblütiger Entschlossenheit und revolutionärer Disziplin hat das rote Berlin unter Führung der kommunistischen Partei die provokatorischen Pläne des Hitlerfaschismus und seiner kapitalistischen Auftraggeber durchkreuzt. Der Kühne Plan der proletarischen Gegen demonstration, der Sturm in den Betrieben und Arbeitsnachweifen, die überlegene Disziplin der Massen im Angesicht tausender Polizeikarabiner, Panzerautomobile und polizeilicher Dachschützen mit Maschinengewehren, — das alles ergab jenen Massenwiderstand, mit dem das Berliner Proletariat den Nazikolonnen mit eiserner Hand den Ring einer Isolierung von den Massen umlegte.  
Wieder einmal, wie in den Matagen von 1929, — damals gegenüber den provokatorischen Plänen, der Arbeiterkraft das Recht auf den 1. Mai als Weltkampftag des Proletariats zu rauben —

### haben die Kommunisten an der Spitze der Massen die revolutionäre Ehre des roten Berlin gewahrt.

## Kampfredede des Genossen Thälmann

### Sinweg mit Schleicher-Braucht! — Schluß mit dem Hitlerfaschismus! — Massenkampf für Arbeitermacht und Sozialismus!

Der 22. Januar stand vor allem im Zeichen der übermächtigen Massenmobilisierung des roten Berlin, das den Lösungen seiner Partei, der KPD., den Lösungen der Massenmobilisierung gegen die faschistische Provolation Folge leistete. Am 22. Januar dokumentierte sich die antifaschistische Massenkraft des Berliner Proletariats, die durch keine Drohungen, sei es der nationalsozialistischen Terrororgane, sei es der Machtorgane der bürgerlichen Diktatur, abgelehrt und eingeschüchert und bei richtiger Politik der KPD. auch durch die feigen Kapitulationsparolen der SPD-Führer nicht mehr entscheidend gelähmt werden kann.  
Was sich am 22. Januar in Berlin abspielte, war mehr als das Risiko einer großangelegten nationalsozialistischen Provolation, der die Regierung Schleicher Braucht und ihr Polizeipräsident Meischer durch das volle Aufheben ihres ganzen Polizeiparates, durch den Einsatz von Panzerwagen, polizeilichen Dachschützen, berittener Schupo und durch die faktische Verhängung des Belagerungszustandes ihre volle Unterstützung zuteil werden ließ.  
Das rasche politische Reagieren der Partei, die rasche und zündende Mobilisierung der Betriebsbelegschaften, die den Empörungsturm durch die Berliner Betriebe trug und sich mit der Welle des Massenprotests auf den Stempelstellen vereinigte, war gleichsam eine Feuerprobe des roten Berlin für die Abwehr noch ernstlicher faschistischer Provolationen, Staatsstreichpläne und sonstiger Anschläge gegen die Arbeiterklasse, ihre Partei und ihre Massenorganisationen, zu denen die Bourgeoisie rüft.

den Bersekungsercheinungen im Lager des Nationalsozialismus entfaltet. Auch  
**der 22. Januar stand im Zeichen dieses Umschwungs der Klassenkräfte zugunsten der proletarischen Revolution.**

Mit Hilfe des gesamten Polizeiparates vermochte der Hitlerfaschismus zwar seine Bürgerkriegsarbeit in den Straßen Berlins marschieren zu lassen, gebedt durch 15 000 Polizeikarabiner, Gummiknüppel, durch Panzerautos und andere Werkzeuge des Bürgerkriegs, aber die Massen der nationalsozialistischen Wähler waren unter dem Druck des Proteststurms der Berliner Massenbewegten Arbeiter dem Ruf der Hitlerpartei nicht auf die Straße gefolgt. Es kann keine tiefere Schande für eine Massenpartei geben, die, wie die Hitlerpartei auch in Berlin über viele hunderttausende von Anhängern verfügt, als jenes Bild des vergangenen Sonntag, wo die SA- und SS-Kolonnen in ganz Berlin unter Verachtung oder altem Widerstand der Volksmassen hinter dem breiten Rücken der Schupo ohne Massen einherziehen mußten.  
Wenn drängte sich nicht als krasses Gegenstück das Bild jener Aufmärsche des Roten Frontkämpferbundes ins Gedächtnis, die, umhüllt von der leidenschaftlichen Begeisterung der Volksmassen, so oft durch die Straßen des roten

Damals, 1929, waren es die sozialdemokratischen Führer Severing, Orzesinski, Börgiebel, die die Polizeikarabiner, Panzerautos, Maschinengewehre und Wasserwagen gegen den 1. Mai-Aufmarsch der Berliner Arbeiter einsetzten. Heute, 1933 sind es die Schleicher, Braucht und Meischer, die Hitlers Bürgerkriegsorgane der Konterrevolution gegen die Arbeiterkraft vorschiden und mit allen Machtmitteln des Staatsapparates ausführen.

Kein sozialdemokratischer Arbeiter wird leugnen können, daß die heutigen Provolationen der faschistischen Reaktion und ihrer nationalsozialistischen Terrororganisationen undenkbar wären, wenn nicht die konterrevolutionäre Politik der sozialdemokratischen Koalitionminister und Polizeipräsidenten den Weg für die Hitler und Schleicher gebahnt hätten. Kein sozialdemokratischer oder freigewerkschaftlicher Arbeiter wird sich der Erkenntnis verschließen können, welches Verbrechen am Proletariat mit dem Verbot der wichtigsten antifaschistischen Kampforganisation, des Roten Frontkämpferbundes, durch die SPD-Führer begangen wurde.

Wie war es am 22. Januar? Hatten die sozialdemokratischen Führer und die reformistischen Führer des ADGB nicht erneut die gleiche Lösung ausgearbeitet wie am 20. Juli 1932 beim Staatsstreich in Preußen? So wie damals die Führer der SPD und des ADGB, gegenüber der Aufforderung der KPD zur Teilnahme am Generalstreik gegen die faschistische Diktatur mit wüsten Beschimpfungen der KPD und verräterischen Kapitulationsparolen für die eigenen Anhänger antworteten, so gaben sie diesmal die Lösung aus, dem Ruf der Kommunisten zur Massenmobilisierung keine Folge zu leisten.

Wir wissen, daß diese verräterische Politik nicht dem Willen breiter Massen sozialdemokratischer Arbeiter, freigewerkschaftlich organisierter Kollegen und Reichsbannerkameraden entspricht. Die zahlreichen Reichsbannerarbeiter und SPD-Genossen,  
(Fortsetzung 2. Seite)

## Polizeipräsident plant Ueberfall auf deutsch-polnischen Freiheits-Kongreß

### Betriebe, Stempelstellen! Macht Sturm und mobil gegen geplanten Ueberfall und Auflösung des deutsch-polnischen Freiheitskongresses!

Gleiwitz, 26. Januar. Im Zusammenhang mit den in den letzten Tagen erfolgten Verboten von KPD-Rundgebungen und Demonstrationen in Deuthen und Gleiwitz plant man auch den für den 29. Januar vorgesehenen deutsch-polnischen Freiheitskongreß in Gleiwitz durch Polizei zu besetzen und aufzulösen.

Während der Hitlerfaschismus und die ganze kapitalistische Meute eine wüste nationalistische Hege treibt und man insbesondere im Grenzgebiet hüben wie drüben Kriegsstimmung zu erzeugen versucht und die Kriegshetze die praktische Mobilisierung für den Krieg betreiben, führen die Arbeiter und werktätigen Massen diesseits und jenseits des Grenzgebiets unter der Führung der kommunistischen Partei einen verstärkten Kampf gegen die nationalistische Verhegung, imperialistischen Krieg und Faschismus im Zeichen des proletarischen Internationalismus. Im verstärkten Maße versucht die faschistische Diktatur und ihre Beauftragte, den Kampf der werktätigen Massen gegen Lunger und Genb, Faschismus und imperialistischen Krieg

zu verhindern und das internationale Kampfbündnis der deutschen und polnischen Arbeiterkraft unmöglich zu machen.  
Die deutsche und polnische Bourgeoisie hat nur einen Feind, und das ist die kommunistische Partei als die Führerin der deutschen und polnischen Arbeiterklasse im sozialen und nationalen Befreiungskampf von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung. Die Arbeiterklasse von Deutsch- und Polnisch-Oberschlesien hat nur einen Feind, das sind die Ausbeuter, Unterdrücker und Kriegstreiber, die Kapitalisten im eigenen Land.  
Betriebe, Stempelstellen, Arbeiter und Werktätige in Stadt und Land! Macht Sturm und mobil gegen den geplanten Ueberfall und die Auflösung des deutsch-polnischen Freiheitskongresses. Schreißt fester das internationale Kampfbündnis der deutschen und polnischen Arbeiterkraft gegen Kriegshetze und Kriegsrüstungen — gegen nationalistische Verhegung — gegen Faschismus, Hunger und Genb — für die soziale und nationale Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung.

Solche Aktionen in der Linie der weiteren ruckweisen Verschärfung der faschistischen Diktatur, werden in diesen Tagen mit ähnlicher Offenheit von der großkapitalistischen Presse propagiert. Für solche Aktionen in der Linie eines neuen 20. Juli auf höherer Stufe hat der Reichswehr-Minister Schleicher in der Maske des „sozialen Generals“, das Terrain vorbereitet. Der Einleitung solcher Aktionen sollte die schmuckige Naziprovolation vom 22. Januar dienen, der Aufmarsch der faschistischen Provolateure vor dem Haupte, das den Namen Karl Liebknecht trägt und in dem die Partei der deutschen Arbeiterklasse, die stärkste Partei des roten Berlin, ihren Sitz hat.

So war der 22. Januar auch für die Einpeitscher und Handlanger der faschistischen Diktatur eine Probe. Wie lautet die Bilanz?

Herr Schleicher, der Papen ablöste, um der faschistischen Diktatur eine breitere Basis in den Massen zu verschaffen, hat den Faschisten den Machtapparat der Polizei zur Unterstützung ihrer Provolation zur Verfügung gestellt, nachdem die Hitlerpartei durch die Verlegung des Reichstags am 20. Januar ihre Tolerierungspolitik für die Schleicher-Braucht-Regierung erneut in krasser und unzweideutiger Form fortsetzte. Er trat damit in Papens Fußstapfen, der sich von den Hitlergardien in den Sattel heben ließ und sie dafür mit der Aufhebung des papierernen Verbots der SA- und SS-Kolonnen bezahlte. Aber der Zeitabschnitt, der von jenen Wochen und Monaten vor dem 20. Juli 1932 bis zum 22. Januar 1933 verstrich, hat in die Formierung der Klassenkräfte einen ersten Umschwung eingeleitet. Damals kam das Geschäft der Papen und Hitler auf der steigenden Welle des nationalsozialistischen Vormarsches zustande, während inzwischen das Tempo des revolutionären Aufschwungs die faschistische Entwicklung in den Massen überflügelte und sich gegenüber beginnen-





# RUND UM DEN ERDBALL

## Arbeitermutter von Nazis niedergemetzelt

Weil sie keine Miete mehr bezahlen konnte — Der verbrecherische Hauswirt ein Nazi-Oberlehrer — Mieteintreibung mit der Schrotflinte, ein Vorgehensmaß vom „3. Reich“

Berlin, 25. Januar. Gestern vollbrachte ein Nazi in Berlin-Spandau eine neue „Selbsttat“ gegen eine Frau, die eine würdige Fortsetzung nationalsozialistischer Tugenden gegen wehrlose Arbeiterfrauen ist. Der Hausbesitzer Studenrat Moll, ein Nationalsozialist, schickte seine Mieterin, Frau Kung, hinterläs nieder. Frau Kung ist durch eine Schrotladung in die linke Keule der Schwere verletzt, daß ihr wahrscheinlich das Bein amputiert werden muß. Der Schütze Moll war früher Oberlehrer und hat sich unter der Spandauer Bevölkerung bereits einen Namen gemacht. Im Garten seines Hauses baute er sich aus Klamotten ein „Hünengrab“. Vor Jahren stellte er einen unbrauchbaren Minenwerfer daneben und pflanzte eine Uranenlanze auf. Wenn an der Lanze das Köpfchen mehte war der braune Hausnachbar zu Hause. Die Familie Kung ist erwerbslos. Als die Mietzahlungen nicht mehr regelmäßig erfolgten, begann Moll mit ungläublichen Schikanen. Nachdem der Erwerbslose Kung mit seiner Miete überhaupt im Rückstand blieb, wurde der Nazihauswirt toll. Dieser braune Hitlerheld wollte es nicht begreifen, daß die Familie Kung, die mit der Erwerbslosenunterstützung nicht einmal ihre drei kleinen Kinder satt machen konnte, das Geld zur Miete nicht hatte. Ständig kam es durch das brutale Verhalten Molls zu erregten Auseinandersetzungen. Schließlich sprach der Hausherr die Kündigung aus. Als er dann noch erfuhr, daß die Familie Kung ein paar Betten, die er der Familie bei ihrem Einzug geborgt hatte, verlegt, geriet er völlig aus dem Häuschen. Ohne Zweifel hat der Erwerbslose Kung, der also nicht mal selber ein paar Betten besaß, die geborgten verlegt,

nur um für seine Kinder ein bißchen Brot kaufen zu können. Aber was ging es den nationalsozialistischen Hauswirt an, daß drei Arbeiterkinder weder Milch noch Brot haben. Als es gestern zwischen der Frau des Hauspächers und Frau Kung zu Auseinandersetzungen kam und Frau Moll ohne Grund plötzlich hinter sich Hilfe schrie, kam Moll selbst herbei. In seinen Händen hielt er eine Schrotflinte. Frau Kung drehte sich um und da schoß dieser Bandit. Eine ganze Schrotladung drang der wehrlosen Frau Kung aus zwei Meter Entfernung in die linke Keule. Die Bewohner des Hauses gerieten in ungeheure Empörung. Sie verlangten die sofortige Verhaftung des Schickshelden. Aber der Nazihauswirt befindet sich auf freiem Fuß. Mit frecher Dreistigkeit behauptet dieser Bursche, wie er es vom „Angriff“ gelernt hat, er habe in „Notwehr“ gehandelt. Man stelle sich vor: ein wohlgenährter Hauspächter schießt die ausgehungerte Frau eines Erwerbslosen von hinten „aus Notwehr“ über den Haufen. Es gibt nur eine Antwort auf diese neue Naziaktion: Alle Werktätigen sind bedroht von aufgehetzten Goebbels-Banditen, alle müßt ihr euch zusammenschließen zum Kampf gegen den faschistischen Terror, im roten Massenelbstschutz. Besonders kennzeichnend aber in diesem Fall ist es, daß ein nationalsozialistischer Hauswirt eine Arbeiterfamilie, weil sie die Miete nicht zahlen kann, auf die Straße setzen will und obendrein deswegen noch eine Frau über den Haufen knallt. Das ist ein warnender Vorgehensmaß vom „Dritten Reich“.

Hundeschlächter aus einem Arbeiterdorf in der Tschechoslowakei



In der C. S. R. können sich die Werktätigen ebensowenig wie in Deutschland vollwertiges Fleisch kaufen. Wie in vielen Gebieten Deutschlands bildet Hunde- oder Katzenfleisch die einzige Möglichkeit einen Braten in die Pfanne zu bekommen. (Aus der neuen ALZ. / Überall für 20 Fl. erhältlich.)

## Todesursache: Mangel an Geld!

Wie unter dem Regime des „sozialen Generals“ die Gesundheit der werktätigen Massen vor die Hunde geht

Die Krankenversicherung ist, wie auch alle anderen Zweige der sozialen Versicherung, heute so weit verfielert worden, daß nur noch selten ein Kranker in den „Genuß der Leistungen“ kommen kann. Die Erhebung einer Krankenschein- und Rezeptgebühr von je 50 Pfennig, die hohen Kosten, die die prozentuale Beschäftigung von Arzneimitteln und Krankenhausaufenthalt für alle Familienversichererten erfordert, machen es immer weniger Menschen möglich, sich rechtzeitig in ärztliche Behandlung zu begeben. Hinzu kommt, daß sehr viele Krankenkassen, mehr noch die Wohlfahrtsvereine, deren Besorgung ja durchschnittlich durchaus ungenügend ist, die nötige Sorgfalt und Gründlichkeit in der Behandlung ihrer Patienten vermissen lassen.

Ganz besonders schlimm sind die Erwerbslosen daran. Die Wohlfahrtsämter weigern sich ganz allgemein, bei Unterstützungsempfängern die zusätzlichen Arznei- und Krankenhauskosten für die Familienversichererten zu übernehmen. Ganz ausgeschlossen ist das aber bei Erwerbslosen, auch wenn deren Löhne und Gehälter infolge von Kurzarbeit Eohnabbau um nicht wesentlich über den Unterstützungssätzen liegen.

So ist es zu erklären, daß die Krankenhäuser immer mehr leere Stellen aufweisen, trotzdem zweifellos der Gesundheitszustand der Bevölkerung sich weitgehend verfielert hat. Je mehr leere Betten aber im Durchschnitt vorhanden sind, desto weniger Personal wird gebraucht. Ständig werden Ärzte, Pflegerinnen, Schwestern, Hilfer und technisches Personal entlassen, deren Arbeit dann den an sich schon überlasteten übrigen bleibenden Angestellten aufgebürdet wird. Viele Arbeitsüberlastung bringt es mit sich, daß die Behandlung in den Krankenhäusern ebenfalls immer schlechter wird. Außerdem wird am Etat für Wäsche, Kleidung und Ernährung der Patienten gespart.

Gegenwärtig, im Beginn einer neuen Grippe-Epidemie, verfielen die Krankenhäuser nicht über genügend geschultes Personal um dem Ansturm auf die Krankenanstalten gewachsen zu sein. Mit der Neueinstellung bereits entlassenen Personals aber spart man der Kosten wegen. Es ist das eine Schraube ohne Ende, die den Gesundheitszustand der werktätigen Bevölkerung unterhöht.

Unter solchen Gesichtspunkten kann nun auch eine Reihe bürgerlicher Ärzte nicht länger den engen Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und wirtschaftlicher Lage bestritten. Trotzdem am Beispiel der Tuberkulose schon vor langer Zeit vollständige Beweise hierfür geliefert wurden, ist das vom größten Teil der reaktionär eingestellten Ärzteschaft immer wieder auf das heftigste bestritten und als agitatorische Entstellungen abgetan worden. Da ist es nun interessant, was Dr. Döhmann vom Kinderkrankenhaus München über die Sterblichkeit von Kindern an Zuckerkrank-

heit berichtet. Er führt eine Reihe von Fällen auf, von denen bei drei Fällen folgende Todesursache festgestellt wurde (wörtlich!): „1. Allgemeine körperliche Minderwertigkeit und Mangel an Geld. 2. Ungenügende endlich fehlende Behandlung. 3. Mangel an Geld.“

Döhmann kommentiert diese von ihm selbst gestellten Todesursachen: „Die Kinder wären bei entsprechender Behandlung sicher am Leben zu erhalten gewesen. Die Behandlung scheiterte in erster Linie an wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Angehörigen. . . daß ein körperlich sonst geundtes, kräftiges und geistig vollwertiges Kind an seiner Zuckerkrankheit sterben muß, weil man nicht weiß, woher die Kosten für ein paar Wochen Krankenhausbehandlung zu nehmen sind, ist eine beschämende Tatsache.“

Hier wird also mal offen zugegeben, daß — allerdings bei einer verhältnismäßig seltenen Erkrankung — Kinder dem sicheren Verderben ausgeliefert waren nur weil die Eltern nicht das Geld besaßen, einen Arzt aufzusuchen, sich die nötigen Instrumente und Arzneimittel zur Behandlung der Erkrankung zu beschaffen, beziehungsweise die unumgänglich notwendige Diät zu beschaffen. Um gleich eine etwa auftauchende Vermutung zu beseitigen: die Zuckerkrankheit ist heute auch bei Jugendlichen heilbar. Nur ist das Heilmittel infolge der unerfütterlichen Profitgier der chemisch-pharmazeutischen Industrie und ihrer Aktionäre nur für reiche Leute erschwinglich. Wie hier für die Zuckerkrankheit offen als Todesursache der Geldmangel angegeben wird, so trifft das natürlich für alle anderen, weiter verbreiteten Krankheiten noch in viel höherem Maße zu. Und es ist kein Wunder, daß sich mit der ständigen Verfielertung der wirtschaftlichen Lage auch der Gesundheitszustand der Bevölkerung immer mehr verfielert.

Dr. med. Wilhelm Swienty

## Spiegel der Ereignisse

In der Nähe von Dirschau sind zwei Gilterzige zusammengestoßen, wobei ein Mann des Zugpersonals getötet und ein anderer schwer verletzt wurde.

Durch Absturz eines überhängenden Fessens wurden in dem Consolidated Reef-Bergwerk bei Johannesburg (Südafrika) zwei Europäer und vier Eingeborene getötet. Sechs Eingeborene wurden schwer verletzt.

Nach einer amtlichen Kirchenaustrittsstatistik der sächsischen Regierung sind im Jahre 1931 aus der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsens 88 700 Personen ausgetreten. Die katholische Kirche hatte 2866 Austritte zu verzeichnen. Seit 1919 haben der evangelisch-lutherischen Landeskirche insgesamt 546 000 Mitglieder den Rücken gekehrt.

## Großfeuer im Hamburger Hafen

An Bord des im Hamburger Hafen liegenden baltischen Motorschiffes „Alfia“ brach auf noch ungeklärte Weise im Laberraum Feuer aus, das außerordentlich schnell um sich griff und erst nach Einsetzung fast der gesamten Hamburger Feuerwehr in den Morgenstunden gelöscht werden konnte.

Das Schiff wurde zum großen Teil unter Wasser gesetzt und wird erst nach einigen Tagen wieder leergespumt werden können. Die Fahrgäste, die sich bei Ausbruch des Feuers an Bord befanden, konnten sich mit dem Notwendigsten rechtzeitig retten.

Als die Feuerwehr auf den Alarm herbeieilte, fand sie die Luken 2 und 3 des Motorschiffes in hellen Flammen. Das Schiff hatte eine große Ladung Kopra und eine beträchtliche Menge Gummi an Bord, ferner Reis und ostasiatische Stückgüter, an denen die Flammen reiche Nahrung fanden.

## Auf dem Bahnhof 28 000 Mark geraubt

Auf dem Oldenburger Bahnhof wurde ein schwerer Raubüberfall ausgeführt. In der Nähe des Postaufzuges wurden zwei einen Posttransport begleitende Postbeamte von zwei maskierten Tätern überfallen, niedergeschlagen und mit Pistolen bedroht. Es gelang den Tätern, zwei mit Blech beschlagene Holzboxen zu erbeuten, die 28 000 Mark enthielten. Sie sind unerkannt entkommen.

## „Kulturbofschewismus“

Kiefige Korruptionsaffären um Berliner Funkstunde und sechs große Theater

Die Zahl der Arbeitslosen wächst, trotz Ankurbelung und Siegesgeschrei der Bourgeoisie. Gleichzeitig rüttelt die Krise an der gesamten Kulturfront und reiht mit einem Schläge die wahren Hintergründe auf, die im Kapitalismus so aussehen:

Der Direktor der Funkstunde, Friedrich Knöpfle, wird beschuldigt, Schmiergelder in Höhe von 500 000 Mark erhalten zu haben. Der Oberstaatsanwalt von Steinäder hat das gesamte Material beschlagnahmt.

Ein Direktor der Druckerei Preuß, die das amtliche Organ des Rundfunks, die „Funkstunde“ druckt, hatte auch Angestellte anderer Konzerne, so der IG-Farben, in ähnlicher Weise beschaffen, um Aufträge zu erhalten. Beim Durchsuchen der Bücher anlässlich der IG-Farben-Bestechungen fand man erhebliche Zahlungen an Knöpfle. Da Knöpfle früher Besitzer des Verlages der „Funkstunde“ war und mit der Übernahme des Rundfunks durch die Reichspost diesen privaten Posten aufgeben mußte, hielt er sich durch Annahme von Schmiergeldern der Druckerei schadlos.

Kaum hatte man die Korruptionsgeschichten dieses Mannes, der noch einer der von der SPD lancierten Größen ist, entdett, da erkrankte Knöpfle schwer und reiste mir dem nächsten Zug nach Lugano. Jetzt prüft man wieder einmal hinterher und entdett, daß wahrscheinlich noch umfangreiche Grundstückspekulationen auf das Konto von Knöpfle kommen.

Die Kosten setzen sich zusammen aus den Zweimarkstücken, die die Rundfunkschörer diesem Staat zahlen.

Herr Knöpfle ist nur ein paar Jüge früher abgefahren als die Gebrüder Krotter, Direktoren von sechs Berliner großen Theatern. Die Krise des Theaters, die nur eine Erscheinungsform der Wirtschaftskrise ist, brachte auch die Unternehmen der Krotters ins Wanken. Lange Zeit schon hatten zahlreiche Verhandlungen zwischen Geldleuten und Theaterbesitzern wegen der Sanierung der Krotter-Bühnen und anderer Theater stattgefunden. Da fielen die Gebrüder Krotter endlich den Konkursantrag und begaben sich gleichzeitig zum Anhalter Bahnhof, um in die Schweiz zu verschwinden. Als man in Berlin die Kiefenschnulden an Hand der Bücherkontrolle feststellte, waren die Gebrüder Krotter inzwischen von der Schweiz unbekannt nach Italien verzogen.

Auch hinter ihnen sahnndet der Staatsanwalt.

Knöpfle und Krotter sind nur zwei Repräsentanten dieses verfaulenden Systems. Die stinkende Büchse der Pandora, die deutsche Kulturfront, hat sich einen Augenblick geöffnet. Der Abstieg geht aber weiter, den diese Herren Kulturbofschewismus nennen.

R. B.

## Arbeiter vom Magnet getötet

In den Rheinmetallwerken wurde der Arbeiter Schöhr, als er einen Wagon entlad, von dem Magneten des über ihn hinwegfahrenden Wagens erfasst und totgedrückt. Die Wirbelsäule wurde ihm zweimal gebrochen.

## Hunger und Trost in Frankreich

Bei Moulins in Frankreich wurde eine 78jährige Frau von einem Vorübergehenden im erfrorenen Zustand auf dem Felde gefunden. In derselben Ortschaft ist eine 82jährige Frau in ihrem Hause erfroren. Bei Bar-le-Duc sind zwei Knechte an den Folgen der Kälte gestorben.

**Gewerkschaftssekretär Kühne aus Waldenburg erklärt:**

# „Die Mitglieder erhalten keinen Einblick in den Verwaltungsapparat der Gewerkschaften“

**Ein Sekretär unterschlägt 3000 Mark — Untersuchungsausschuß wird abgelehnt — Kollegen kämpfen um die innergewerkschaftliche Demokratie und um euer Recht in der Gewerkschaft!**

Saarau. Die Mitgliederversammlung des Fabrikarbeiterverbandes, die am 10. Januar in der „Trinthal“ stattfand, war von den Arbeitern und Arbeiterinnen der Silesia und Chamottefabriken aus außergewöhnlichen Gründen sehr stark besucht. Unter dem ersten Punkt der Tagesordnung berichtete Kühne, Waldenburg über die Unterschlagungen durch den Arbeitersekretär Hermann Schneider in Saarau, der Mitglied der SPD ist. Er hat eine Summe von über 3000 Mark unterschlagen. Die genaue Summe soll angeblich nicht festzustellen sein. Kühne erklärte, daß man diesen Fall wohl verurteilen müsse, aber man möge doch die heutige Zeit, in welcher die Funktionäre überanstrengt werden, berücksichtigen. Die erregten Arbeiter verlangten Auskunft über die Höhe des Gehaltes, das Schneider bezogen hat. Kühne mußte zugeben, daß Schneider ein Monatsgehalt von 320 Mark gehabt hat. Dieser Betrag ist so hoch, daß unter keinen Umständen die Ausrede des Kollegen Kühne, daß man „die heutige Zeit berücksichtigen“ müsse, gelten kann.

In der Diskussion zu diesem Punkt sprach der oppositionelle Kollege Fischer. Er stellte den Antrag, sofort einen Untersuchungsausschuß zu wählen, der die Aufgabe hat, genau festzustellen, wie hoch die unterschlagene Summe ist und inwieweit andere Funktionäre an der Unterschlagung beteiligt sind. Der Kollege Fischer stellte fest, daß eine Reihe anderer Funktionäre an der Unterschlagung mit schuld sind. Als die Revision der Kasse vorgenommen wurde, wurde das vorher angemeldet und die unterschlagene Summe durch einen Geschäftsmann gedeckt. Bezeichnend ist, daß der Kollege Richard Schmidt als Mitglied des Ortsausschusses gegen eine weitere Nachprüfung der Unterschlagung ist. Kühne sprach ebenfalls dagegen und erklärte, daß ein aus der Mitgliedschaft gewählter Untersuchungsausschuß von dem Hauptvorstand abgelehnt (!) werde und in den Verwaltungsapparat keinen Einblick (!) bekäme. Diese Ausführungen des Sekretär Kühne, der zugleich Vorsitzender des OVB in Waldenburg ist, zeigen deutlich, welche Rechte den Gewerkschaftsmitgliedern unter der Führung durch die reformistische Bürokratie noch zugebilligt werden.

Ein Sturm der Entrüstung muß die Ausrufung Kühnes, daß die Gewerkschaftsmitglieder keinen Einblick in den Verwaltungsapparat ihrer eigenen Organisation erhalten sollen, hervorgerufen.

Mit Recht stellte der oppositionelle Kollege Fischer fest, daß die Mitglieder der Gewerkschaft sind, daß sie das Recht haben, von den Funktionären und Führern Rechenschaft zu verlangen, daß sie dafür sorgen müssen, daß die Beitragsgeber nicht in unrechte Hände gelangen und verpraßt werden. Trotz der ungeheuren Empörung unter den Kollegen gelang es den demagogischen Ausführungen Kühnes zu erreichen, daß der Antrag des Kollegen Fischer abgelehnt wurde.

Unter Punkt 2, „Wahl der neuen Ortsleitung“, erklärte Haffmann, daß in der Funktionärwahl die neuen Mitglieder für den Ortsausschuß vorgeschlagen worden sind. Ohne die Mitglieder zur Diskussion aufzufordern, unterbreitete Hoffmann die Namen der Vorgeschlagenen und ließ auch sofort darüber abstimmen. Dieses Mandat hatte zur Folge, daß der vorgeschlagene Ortsausschuß mit zweifelhafter Mehrheit gewählt wurde.

Hier hat es die reformistische Bürokratie verstanden, die Opposition zu überrumpeln.

Die oppositionellen Kollegen hatten zweifellos günstige Möglichkeiten, um das Vertrauen der anwesenden Mitglieder zu erobern. Die gelungene Überrumpelung zeigt, daß die Opposition innerhalb den Gewerkschaften auf alles gefaßt sein muß, um in den gewerkschaftlichen Versammlungen den gegenwärtigen reformistischen Versammlungsführern zuvorzukommen. Obwohl die oppositionellen Kollegen in dieser Mitgliederversammlung unter dem Punkt „Verschiedenes“ noch zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen Stellung nehmen wollten, wurde von den Reformisten diese Versammlung vorzeitig geschlossen.

Die Opposition muß jetzt in den Betrieben, in der Silesia und in den Chamottefabriken ihre Tätigkeit steigern und die Voraussetzung schaffen für die Wahl roter Betriebsräte, die Herausübung einer starken revolutionären Gewerkschaftsopposition, die den Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie, um die gewerkschaftlichen Rechte gegen die Angriffe der Unternehmer aufnimmt!

## Neue Verhandlung gegen den Antifaschisten Beder, der zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt ist

Die Pressestelle der Justizbehörde teilt mit: Das Reichsgericht hat sowohl die Revision des wegen des Totschlagens an dem SA-Mann Beder in Saarau angeklagten Arbeiters Paul Klingel, als auch die der Staatsanwaltschaft aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an die Vorinstanz zurückverwiesen. Das Schweidnitzer Schwurgericht hatte gegen Klingel die Anklage wegen Totschlagens seinerzeit fallen gelassen und ihn nur wegen Vergehens gegen das Schußwaffengesetz zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Im vorigen Jahr wurden die Arbeiter in Saarau von den faschistischen Mordbuben anlässlich einer Versammlung in gemeinsamer Weise aus dem Hinterhalt überfallen und angegriffen. Dem antifaschistischen Reichsbannerarbeiter Paul Klingel drohte damals ein unerhörtes Terrorurteil. Nur dem Massenprotest der schlesischen Arbeiter war es zu verdanken, daß kein noch höheres Zuchthausurteil gefällt wurde.

Jetzt wird dieser Fall vor dem Schweidnitzer Schwurgericht erneut verhandelt. Es muß ein Massenprotest gegen ein neues Terrorurteil und für die Freilassung aller proletarisch-politischen Geangenen einsetzen! Helft der Roten Hilfe!

## Die Pragis der SPD.-Amtsvorsteher

Schwächung der Kampfkraft der Arbeiter zur Stärkung des Kapitalismus und Faschismus. Wästelwästerdors. In der Kreisversammlung zu Waldenburg wurde unter anderem die Wahl des Amtsvorstehers vom Amtsbezirk Wästelwästerdors getätigt. Die Kommunisten enthielten sich bei dieser Wahl der Stimme, weil zwischen der Praxis, sozialdemo-

kratischer und bürgerlicher Amtsvorsteher und Bürgermeister, kein Unterschied besteht. Für die „Wergmachi“ war das ein Anlaß, um von einem „Mangel an Massenbewußtsein“ bei den Kommunisten zu schreiben. Wir halten es jetzt für notwendig, aufzuzeigen, was bei der SPD. unter „Massenbewußtsein“ verstanden wird. Der gewählte Amtsvorsteher ist Fraktionsvorsitzender der SPD.-Gemeinschaftsvereinigung, welcher von 12 Sitzen, 5 inne hat. Die Fraktion stellte für die Wahl der Kommissionen Vorschlagslisten auf. Als die Bürgerlichen verlangten, daß ein mißliebiger Kandidat, für eine Kommission, der aus der Kirche ausgetreten sei, getrichen wird, kam dem der Amtsvorsteher als Mitglied der Vorbereitungskommission nach und setzte einen SPD.-Mann, der den Bürgerlichen angenehmer ist, auf die Liste.

Da der Amtsvorsteher in den Gemeinderat als Schöffe eingedrückt ist, wurden die Kommissionen, die dieser inne hat, frei. Für die Baukommission wurde von den Bürgerlichen ein Fabrikant vorgeschlagen, der nicht der Gemeindevertretung angehört. Die Sozialdemokratie ließ das ohne weiteres zu, obwohl sie das Verhindern konnte, indem sie einen eigenen Bewerber aufstellen konnte. Jedem

# Unerhörte Provokation der Kumpels auf David-Schacht

## Der Tagelöhner Weirich läßt die Arbeitskleider der Kumpel in den Schnee werfen. Kameraden verlangt, daß eure Kleider erfetzt werden!

(Betriebsarbeiterkorrespondenz)

Am 21. Januar wurde auf dem David-Schacht durch Aushang bekanntgegeben, daß die Badeloue gereinigt wird. Die Kameraden, die einen stundenlangen Heimweg haben, legten ihre Arbeitskleider in den Fahrabraum, wie das schon jahrelang gemacht wird.

Diesmal ließ der Tagelöhner Weirich die Arbeitskleider in den Grubenhof befördern. Als die Kumpel am Montag zur Frühlingsarbeit kamen, fanden sie ihre Sachen verschneit und gefroren unter dem Schnee. Einige Kumpel wurden durch die Schmutzigkeit des Tagelöhners Weirich um ihre Kleider gebracht, so daß sie nach Hause gehen mußten. Eine ungeheure Erbitterung bemächtigte sich aller Kameraden. Erst durch das Eingreifen des Betriebsrates bequemt sich Weirich, die Sachen in einen geheizten Raum bringen zu lassen.

Steiger Weirich sollte erst einmal den Mut finden, in der Badeloue Ordnung zu schaffen. Jahrelang läuft schon von der Dede die Jauche, so daß die Kumpels mit nassen Kleidern nach Hause gehen müssen.

Kameraden der David-Grube! Laßt euch diese Schikanen nicht länger bieten. Fordert, daß euch eure Kleider erfetzt werden! Legt, bei einem nochmaligen Versuch dieses Tagelöhners, eure Arbeitskleider in den Grubenhof zu schmeißen, sofort die Arbeit nieder und fordert die Entzerrung dieses Beamtens. Nehmt diese Forderungen in euer betriebliches Kampfprogramm auf. Wählt euch als Betriebsräte Kameraden, die gemißt sind, für eure Forderungen zu kämpfen und alle Mißstände zu beseitigen.

## Der Universitätsdozent in Moskau Dr. Kurt Nixdorf spricht

über das Thema: „Probleme des wirtschaftlichen Aufbaues in der UdSSR, an der Schwelle des zweiten Fünfjahresplanes“ zu den Werktätigen Schlesiens in folgenden Orten: Landesgut: Am Freitag, den 27. Januar, im „Eulerhof“, um 20 Uhr. Gleibitzberg: Am Sonnabend, den 28. Januar, im „Vertriebs-treffpunkt“ Runderdorf, um 20 Uhr. Ruhla: Am Montag, den 30. Januar, im großen Saal des „Volkshauses“, um 20 Uhr. Dr. Nixdorf ist als Schlichter schon viele Jahre in Sowjet-Rußland tätig und kennt die dortigen Verhältnisse genau. Arbeiter, Beamte, Bauern, Kleinrentner und Besuchs-zahlreich diese Versammlungen!

Arbeiter, und insbesondere jedem sozialdemokratisch Organisierten, muß auf Grund dieser Tatsachen zum Bewußtsein kommen, daß die Kommunisten in der Kreisversammlung mit ihrer Feststellung, daß zwischen den sozialdemokratischen und bürgerlichen Amtsvorstehern kein Unterschied besteht, recht haben. Die von dem sozialdemokratischen Amtsvorsteher durchgeführte Politik führt nur zur Schwächung der Kampfkraft der Werktätigen und zur Stärkung der bürgerlichen, des Kapitalismus und Faschismus. Das dürfen die sozialdemokratischen Arbeiter nicht dulden. Sie müssen sich aufstellen und mit den kommunistischen Klassenfeinden eine gemeinsame unbesiegbare Kampffront gegen die faschistische Diktatur, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik bilden!

## Nazi-Lehrer erteilt an weltlicher Schule Unterricht

**Guttermann, bis vor kurzem Vorsitzender des Nazi-Lehrerbundes, erteilt „Lebenskundeunterricht“ Eltern und Kinder müssen gemeinsam gegen die Faschisierung des Schulwesens kämpfen!**

Liebersdorf, Kreis Landesgut. Hier wurde der Lehrer Kausch, der den vom Religionsunterricht abgemeldeten Kindern „Lebenskundeunterricht“ erteilt, am 1. Januar 1933 nach Gottesberg veretzt. An seine Stelle kam der Lehrer Guttermann aus Baumgarten, von dem bekannt ist, daß er bis vor kurzer Zeit noch erster Vorsitzender des nationalsozialistischen Lehrerbundes in Schlesien war. Dieser faschistische Lehrer erteilt jetzt an der weltlichen Sammelsschule „Lebenskundeunterricht“ (!) und nebenbei auch noch Religionsunterricht (!) für die evangelischen Kinder. Trobendem ein Ministerialerlaß besteht, der vorschreibt, daß sich das nicht vereinbaren läßt, erteilt er an beiden Schulen Unterricht. Diese Tatsache zeigt, wie stark in Deutschland die faschistische Verletzung des Schulwesens fortgeschritten ist. Das gilt im besonderen auch für die weltlichen Sammelsschulen. Hier bestreitet sich das, was wir Kommunisten von diesen Schulen schon immer sagten.

Genosse Hermann Seidel grüßt Weirich. Ich begrüße in der Freiheit die Genossinnen und Genossen mit einem kräftigen „Rot-Front!“ Ich gelobe, weiter wie bisher in der roten Front bis zur endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse zu kämpfen. Für die praktische Solidarität während meiner Gast und dem begeistertsten Empfang zu meiner Entlassung, sage ich der Roten Hilfe, den Parteigenossen und der Frauengruppe Weirich meinen revolutionären Dank. Mit „Rot Front“ Hermann Seidel, Weirichstein.

10 neue Kämpfer in einer Woche! Gottesberg. Die Generalversammlung des Internationalen Bundes, Ortsgruppe Gottesberg, welche am 15. Januar stattfand, beschloß unter Punkt 3, „Unsere Aufgaben“, in den Wintermonaten eine verstärkte Werbekampagne durchzuführen. Eine Werbekampagne, welche sich freiwillig meldete, bestehend aus vier Mann, konnte in einer Woche zehn neue Mitglieder werben. Dieser Erfolg spornt uns an, die Kampagne verstärkt fortzusetzen. Der Erfolg zeigt aber auch, daß die Kriegs- und Arbeitslosigkeit immer mehr erkennen, daß sie die Schläge der Sozialreaktion nur erfolgreich abwehren können durch eine starke revolutionäre Organisation. Unsere Aufgabe muß sein, für jede neue Notverordnung, Werbung von Tausenden neuen Mitgliedern, das ist die beste Antwort an die kapitalistische Regierung.

## Saganer Arbeiter demonstrieren gegen die faschistische Provokation in Berlin

Am Sonntag marschierte die klassenbewußte Arbeiterschaft auf, um zu zeigen, daß man in Berlin nicht das Karl-Liebknecht-Haus von weißen Nazi-Beulen karmen lassen kann, ohne gleichzeitig in allen Orten große Protestaktionen hervorzurufen. Auch in Sagan fanden daher die Proleten auf der Wacht und demonstrieren durch die Straßen der Stadt. Die Polizei wagte sich nicht auf die Straße. Die demonstrierenden Arbeiter gelobten, den gemeinsamen Kampf gegen die Schlichter-Diktatur zu verschärfen!

## Überfüllte CCC-Kundgebung

Sagan. Wie erwartet, hat sich die revolutionäre Arbeiterschaft auch zu der CCC-Feier zahlreich eingefunden, so daß der Saal (Kinkau - Grünthal) brechend voll war. In flotter Weise spielte das „Kollettiv der roten Jugend“ ein Stück zur Erinnerung an Karl Liebknecht sowie Rosa Luxemburg. Verschiedene Sprechere verurteilten das Leben, die Leiden und Kämpfe des Proletariats. Besonders pathetisch wirkte das Theaterstück Potempa, welches den Arbeitern die blutige Mordtat der Nazis in Dberschlesien zeigte. Anschließend der Schwind mit dem Arbeitsdienst, welcher Weirich auslöste. Die revolutionäre Arbeiterschaft hat bewiesen, daß sie Karl und Rosas Vermächtnis in Ehren hält und im Geiste des CCC-Kampfes. Gemeinsam wurde am Schluß der Versammlung die „Internationale“ gesungen.

# Unklarheit

DER MONAT DER ROTEN

**in Gewerkschaftsfragen?**

Das kommt davon, wenn man nicht die Literatur und Presse der RGO verfolgt. Es erscheinen

### 17 ZEITUNGEN und 4 ZEITSCHRIFTEN

Abonnieren sofort bei jedem Litobmann oder beim Verlag Betrieb und Gewerkschaft

GEWERKSCHAFT LITERATUR



# Vollzugsauschuß der proletarischen Diktatur tagt

## Gen. Molotow vor dem Zentral-Exekutivkomitee: „Sache der Arbeiter und Bauern liegt in sicheren Händen und wird deshalb siegen“

Moskau, 24. Januar. (Drahtbericht unseres St.-Sonderberichterstatters.) Im großen Andrejew-Saal wurde in Anwesenheit des Führers der bolschewistischen Partei, des Genossen Stalin, und der Vertreter der Sowjetregierung vor 611 Delegierten, ausschließlich Arbeiter und Bauern aus allen Teilen der nationalen Republiken der autonomen Gebiete des Rieslandes, die Tagung des Zentral-Exekutivkomitees der Sowjetunion unter Vorsitz des Präsidenten des Zentral-Exekutivkomitees, Genossen Kalinin, eröffnet. Genosse Kalinin gab einen Überblick über die Entwicklung der Union der Sowjetrepubliken.

Der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare, Genosse Molotow, ergriff darauf das Wort zu einer mehr als zweistündigen Rede über den Volkswirtschaftsplan 1933, der die Fortsetzung des ersten Fünfjahresplans darstellt und den großen Sieg der Arbeiterklasse der Sowjetunion dokumentiert.

Unser Land, sagte Molotow u. a., verwandelte sich aus einem rückständigen Agrarland in ein modernes Industrieland. Auf allen Gebieten unserer Wirtschaft dominieren sozialistische Elemente. Heute spielen auf dem Dorf die Kollektivwirtschaften die entscheidende Rolle. Diese Umwälzung der Landwirtschaft ist von weltgeschichtlicher Bedeutung. Zu Beginn des ersten Fünfjahresplans behaupteten unsere Feinde, daß er nicht durchführbar sei. Er wäre ein wahnsinniges Experiment, das zum Zusammenbruch führen würde. Heute sind diese Prophezeiungen zusammengebrochen, der Fünfjahresplan aber hat gesteuert. Heute ergibt sich, daß die Kurve der kapitalistischen Wirtschaft nach unten geht, die der Sowjetwirtschaft aber geht nach oben.

Genosse Molotow zog einen Vergleich zwischen der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, die Frankreich 1789 erließ, und der Erklärung der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes, die Lenin gleich nach der Oktoberrevolution schrieb. Im Jahre 1932 erließen wir ein Dekret, das nicht das Privateigentum, sondern das gesellschaftliche Eigentum für heilig und unantastbar erklärt. Dieses Dekret ist in einer neuen Entwicklungsstufe erschienen, als die sozialistischen Wirtschaftsformen nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Dorfe gesteuert hatten.

Nach ausführlicher Darlegung der Aufgaben für das Jahr 1933 wandte sich Genosse Molotow der internationalen Lage zu und erklärte, daß die

### Stärkung der Positionen der Sowjetunion

Im Lichte der Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans zu werten sind. Die Sympathie der werktätigen Massen aller Länder ist gewaltig gewachsen, die zunehmende äußere Stärke der Sowjetmacht spiegelt sich wider in dem Abbruch von Nichtangriffsverträgen mit einer Reihe von Staaten. Daß der Abbruch eines solchen Vertrags mit Rumänien nicht zustande kam, ist Rumäniens Schuld. Hier haben zweifellos äußere Einflüsse eine Rolle gespielt. Vor kurzem setzte uns die japanische Regierung in Kenntnis, daß sie die Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes im gegenwärtigen Augenblick ablehnt. Mit dieser Tatsache müssen wir selbstverständlich rechnen.

Die Sowjetregierung führt im Fernen Osten konsequent eine

## Die KZ'Sch. zum Brünnener Faschistenputsch

Zu dem in der Nacht von Sonnabend zu Sonntag erfolgten Sturm tschechischer Gaida-Faschisten auf eine Kaserne in Brünn veröffentlicht das KZ. unserer Bruderpartei einen Aufruf, in dem darauf hingewiesen wird, daß dieser faschistische Putschversuch nur infolge der Politik der Koalitionsregierung unternommen werden konnte. Die gefamte Gendarmerie war aufgeboten, um den Streit der Kasse Bergarbeiter niederzuschlagen, die Brünnener Polizei wird aufgeboten, um jede Solidaritätskundgebung zu verhindern. So hatten die Faschisten freie Bahn. Der Aufruf wendet sich an die Werktätigen mit der Aufforderung, die Einheitsfront gegen die faschistischen Putschisten und gegen das heutige Regime, das den Faschisten den Weg bereitet, zu schließen.

## MATE SALKA VON MILITARISCHEN GEHEIMNISSEN

ODESSA, STAB DER FELDDIENSTÜBUNG

1. Fortsetzung.

Um 12 Uhr war die Feuerlinie bereits weit von der Straße, die von einer Seite von einer Mauerwand abgegrenzt wird, vorgeückt. Am Straßenrand, am Rand des Straßengrabens liegen die Uniformstücke der Rotarmisten. Das Wetter ist warm (es ist nicht heiß, der Tag ist etwas trüb) — fort mit dem Helm, den ich bitte um Entschuldigung... Hofen, die Unterhosen werden bis über die Knie aufgesteckt und die ganze Kampffront verwandelt sich in weiße Punkte, die von weitem einer weidenden Gänseherde gleichen. Alle hundert Schritte steht zur Bewachung der Kleidung ein Posten aus den Reihen der „Schwachen“, das sind die, denen die Stiefel die Füße wundgerieben haben, oder die sich unwohl fühlen. Das ist die „Etappe“.

Auf einem anderen Feld... in einer ganz anderen Richtung... rückt ein anderes Bataillon des Regiments gegen die Kartoffelfronte vor. Hier ist die ganze Kaktische Schule und andere kleine Trupenteile mit dem Jäten der Zwiebel und Kartoffelgraben beschäftigt. Die Front entlang sind an hohen Stangen Lautsprecher angebracht, mit deren Hilfe der Stab mit der Vorderlinie die Verbindung aufrechterhält.

Im Stab (die Verwaltung der Kollektivwirtschaft) wird feierhaft gearbeitet, die Marschnummer der Feldzeitung „Peretop“ wird zusammengestellt.

Wie jede Front, hat auch diese ihre „Pagisten“ von der Art Schweifs. Diese „Etappen-Parasiten“ verfrachten sich unter dem Vorwand plötzlicher Leibschmerzen im Gebüsch und bleiben dort sehr lange, bis die Vorderlinie hinter dem Hügel verschwindet.

Beim Meeting während der Ruhepause verjagt dem Sekretär der Parteizelle der Kollektivwirtschaft „Sieg am Peretop“ vor Erregung die Stimme:

„Genossen! — sagt er leise — auch wir kämpfen und wie kämpfen wir, Genossen, und wir siegen Schritt um Schritt. In diesem Jahr haben wir im Odesaer Rayon zum ersten Male die Saatkampagne durchgeführt, und wir sind — so scheint es uns wenigstens, Genossen — auf dem richtigen Weg zu Kommune. Ihr eid, liebe Genossen, uns in einer schweren Situation zu Hilfe

Politik der Nichtmischung und der strengsten Neutralität durch. Es kam z. B. soweit, daß das japanische Kriegsministerium

neuerdings provokatorische Mitteilungen über die Sowjetregierung und über die künftige Sowjethoheit in China veröffentlichte. Trotz der entschiedenen Dementis, in denen unser Land diese sowjetfeindlichen Erfindungen widerlegte, hat sie der japanische Außenminister Uchida am 21. Januar im japanischen Parlament wiederholt. Die internationale Situation erlärnt uns wieder an die Notwendigkeit einer verstärkten Wachsamkeit. Im Jahre 1933 müssen wir einen neuen Riesenschritt im sozialistischen Aufbau machen. Von den Erfolgen unserer Wirtschaftsarbeit wird die Befestigung unserer inneren und auswärtigen Stellung abhängen. Unsere Kräfte erstarben mit jedem Tag. Die Sache der Arbeiterklasse liegt in sicheren Händen und wird daher siegen.

## Die Auslandspresse zur Hitlerprovokation

### Allgemein wird zugegeben: Nur unter Schutz einer riesigen Polizeiarmerie konnten Nazis zum Bülowplatz gelangen

Fast die gesamte ausländische Presse, mit Ausnahme lediglich der ausgesprochenen Scharfmachetorgane des Berliner Finanzkapitals, ist sich in ihrem Urteil über die Hitlerprovokation mit Hilfe der Schleiher-Bracht-Polizei darin einig, daß es niemals den Nazis gelungen wäre, auf den Bülowplatz zu gelangen, wenn nicht ein riesiges Polizeihöer den nationalsozialistischen Zug vor der Empörung der Arbeiterklasse geschützt hätte.

### „Kolossale Provokation“ — „Bürgerkriegs-atmosphäre“

Der „Manchester Guardian“ bezeichnet unter der Ueberschrift: „Regierung provoziert Unordnung“, den Naziausmarsch als eine „kolossale Provokation“ und schreibt u. a.: „Es wäre nichts besonderes an der ganzen Demonstration, wenn nicht unglücklichweise die Horst-Wessel-Zeremonie zu einer kolossalen Provokation gegen die Kommunisten mißbraucht worden wäre.“ Den Usmarsch selbst schildert der „Manchester Guardian“ folgendermaßen: „In der Nachbarschaft des Bülowplatzes herrschte heute morgen eine Bürgerkriegs-atmosphäre. Lange bevor die Nazis auf dem Platz erschienen, war er durch riesige Polizeikommandos geräumt und abgesperrt worden... Alle Straßen zwischen dem Bülowplatz und dem Alexanderplatz waren überfüllt mit nervösen und ärgerlichen Menschenmengen, die meisten von ihnen Kommunisten. Als ein Nazi sich noch die Herausforderung leistete, unter schwerem Polizeischutz die Menge zu durchkreuzen, rief die Menge hinter ihm her: „Misthünd!“ Inzwischen wurde die Menschenmenge größer und größer und auch die Polizei, mit Gummiknütteln- und Karabinern bewaffnet, wuchs immer mehr an... Die hauptsächlichsten Unruhen aber waren nicht am Bülowplatz, der aufs schwerste von der Polizei bewacht wurde, sondern anderwärts, vor und besonders nach der Nazi-Feier.“

### „Hitler will Vertrauen der Finanzherren wiedergewinnen“

Der „Matin“ schreibt: „Es ist nicht schwer, zu verstehen, daß Hitler, moralisch und finanziell seit zwei Monaten auf schwerer erschüttelt, sich mit einem Schläge wieder in seiner traditionellen Rolle des Hauptkämpfers gegen den Marxismus präsentieren will, um auf diese Weise gleichzeitig das Vertrauen des patriotischen Bübels und dasjenige der Herren von der Finanz wiederzugewinnen. Wo dagegen die ganze Angelegenheit wirklich interessant wird, das ist an dem Punkt, wo man die Haltung der Regierung beobachtet... Tatsächlich hat die Polizei außerordentlich

energetische Maßnahmen getroffen. Von frühmorgens war der gesamte Verkehr auf dem Bülowplatz völlig unterbrochen und durch Polizeikommandos zu Fuß und zu Pferde abgesperrt.“

### „Sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter demonstrieren gemeinsam“

Die „Prager Presse“, das deutschsprachige Organ des tschechischen Außenministers Benesch, schreibt: „Der ganze Bülowplatz war gesperrt, ein großes Aufgebot von Polizei war zur Stelle auch ein Panzerauto war mobilisiert. Die Häuser der Häuser waren gleichfalls von der Polizei besetzt. Kein Fenster auf dem Bülowplatz und in der nächsten Umgebung durfte geöffnet werden... Wem ruhig war die Stadt in jenen Gegenden, die die nationalsozialistischen Truppen auf ihrem Marsche passieren haben. An sehr vielen Stellen hatten sich größere Massen von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern, darunter auch Reichsbannerleute in Uniform, zusammengefunden, die gegen die nationalsozialistische Provokation laut und zum Teil auch tätlich protestierten. Die Polizei griff überall zum Schutz der Nazis ein und machte aus dem Bülowplatz ein Schlachtfeld... Auf dem Bülowplatz konnte es schwerlich zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kommen, denn er war von 5000 Polizisten besetzt, die sogar auf den Dächern Aufstellung genommen hatten.“

### „Großer politischer Sieg der KPD.“

Unser französisches Bruderorgan, die „Humanité“, hat im Licht eines Artikel unseres Genossen Pétri, in dem es u. a. heißt: „Die Kommunistische Partei hat gestern einen großen politischen Sieg errungen, indem sie Disziplin, Tatkraft und Festigkeit bewies, hat sie dem Faschismus die einzige Antwort gegeben, die am Plage war: auf die Provokationen der Regierung und der Nazis nicht hereinzuweisen, aber auch keinen Fußbreit des Bodens eroberten Bodens preiszugeben, das war während dieses feierhaften Tages die Haltung der KPD. Die Provokation von Berlin ist auch für uns das Signal des Krieges und des Appells zum Kampfe. Die Kämpfer von Berlin rufen uns zu Hilfe. Wir werden uns verteidigen, wenn wir sie verteidigen Möge das Werk der internationalen Solidarität ohne Verzögerung organisiert werden. Verbleiben wir die Kundgebungen aller Art, damit die Meuchelmörder vom Hafenkreuz wissen, daß auch die Millionen französischer Proletarier bereit sind, die Partei Karls und Rosas zu verteidigen.“

gekommen, und offen gestanden, wir schämen uns euch mit Worten zu danken.“

Das Gefühl übermannte ihn, Tränen standen ihm in den Augen und seine Kinnbäden zuckten nervös.

Im Rayon des „Sieg des Feldarbeiters“ (Artillerieregiment) stoßen wir auf „Etappe-Parasiten“: ein schlafender Posten, hoch zu Raß trabende Kommandeure, eine Menge ganz unnötigerweise gefatteter Pferde... aber auch hier wird auf den Feldern mit rotarmistischer Begeisterung feierhaft gearbeitet.

Dieser „Sieg des Feldarbeiters“ ist eine hochinteressante Wirtschaft, die an die Riesfelder von Paris erinnert. Ein vorzüglich organisiertes Irrigationssystem, in das alle Abflüsse der Stadtkanalisation münden, bewässert die Felder, auf denen über 100 verschiedene Garten- und Gemüsekulturen angebaut sind. Schweinezucht wird im großen getrieben, auch eine Molkerei ist vorhanden. Diese ganze Wirtschaft hatte vor ihrer Kollektivierung einer kleinen Gruppe von Aulafen-Gemüsegärtnern gehört, die reich geworden waren, und nach einem langwierigen Kampf von ihren eigenen Feldarbeitern besetzt worden waren.

Auf diesem Biedrad, das einige hundert Hektar umfaßt, arbeitet das Artillerieregiment und zeigt den Kollektivwirtschaftlern nach nie gefamte Arbeitsnormen bei der Ernte, beim Kartoffelgraben und bei der Verpackung des Gemüses, das sofort versandfertig gemacht wird.

### Rückzugsignal

Der österreichische Oberleutnant Steinerau, Kommandeur eines Manenregiments, ließ nach einer erfolgreichen Attade Ende August 1914 bei Raiba-Rusia „abblasen“.

„Die Rosaten sind geflohen, der Krieg ist zu Ende.“ Wie hätte sich Schweif über diesen Oberleutnant gestreut.

Nach 12 bis 13 Stunden Arbeit ist der Subotnik zu Ende. In den Feldern ertönt aus den transportablen Lautsprechern das Rückzugsignal, aber nicht überall wird die Arbeit sofort eingestellt. Ist das Ungehorsam? Nein. Das sind Brigaden, die ihren Wettbewerb zu Ende führen wollen. Als die einzelnen Trupenteile sich zum Abendessen sammeln, flattern die Berichte vom „Kriegshauptplatz“ nach dem Stab. Beim Abendessen erhält jeder eine frischgedruckte Nummer der Feldzeitung, die Rusti lautet:

Aus den eingelaufenen Berichten wird rasch das Gesamtbild des Subotnik erkennbar und an Ort und Stelle bereits einzelne Stellen des Divisionsbefehls der Odesaer Lagerübungen festgelegt.



Treu den Kampftraditionen der Peretop-Division, haben die Rotarmisten und der Kommandobestand ein Beispiel der Organisierung kommunistischer Arbeit durch die Aufstellung von Rekordnormen der Tagesleistung geliefert.

